

# INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31  
 info@grundrechtekommitee.de • www.grundrechtekommitee.de

## Kontroverse um Rüstungsexporte wird heißer

■ Über die Aktivitäten der von uns mit angestoßenen Kampagne „Legt den Leo an die Kette“ haben wir mehrfach in den INFORMATIONEN berichtet. Die Debatte wird inzwischen breit geführt, wozu unsere Aktionen beigetragen haben. So hatte der Spiegel das Thema in seiner Ausgabe vom 3.12.12 als Titelgeschichte. Das Titelbild zeigte Merkel im Kampfanzug, umgeben von Panzern und anderen Waffen. Konkreter Anlass waren neue Begehrlichkeiten aus Saudi-Arabien. Sie wollen nun außer den Leopard-Panzern auch noch ein paar hundert „Boxer“-Radpanzer: Militärfahrzeuge, die zur Aufstandsbekämpfung geeignet sind.

Derweil will die Bundesregierung trotz aller Proteste an ihrer geheimen Genehmigungs politik durch den Bundessicherheitsrat festhalten und die Rüstungsexporte noch weiter ausdehnen. Die neue Merkel-Doktrin: Da Bundeswehr, EU und NATO nicht überall eingreifen können, suchen wir „strategische Partner“, die für uns stellvertretend Krieg führen sollen. Dazu brauchen diese nicht nur Ermutigung, sondern auch „Ertüchtigung“ (Merkel), also Waffen – so die neue Stellvertreterkriegs-Doktrin der Bundesregierung. Menschenrechte spielen dabei keine Rolle mehr oder sie werden im „Abwägungsprozess“ von deutschen strategischen Interessen zermalmt: „Bei jedem Antrag prüft die Bun-

desregierung sehr gründlich ..., welche Bedeutung der beantragten Ausfuhr für die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region und auch bezogen auf Menschenrechte zukommt.“ (Brief Bundeskanzleramt vom 22.11.12). Ebenso hatte Minister de Maizière vor Kurzem betont, dass die deutschen Interessen bei der Genehmigung von Rüstungsexporten eine wesentliche Rolle spielten und die Menschenrechte nicht alleiniges Kriterium sein könnten. Saudi-Arabien wird von der Bundesregierung nun schon als strategischer Partner in einem möglichen Krieg gegen den Iran gehandelt.

Menschenrechte im Abwägungsprozess? Im Grundgesetz war das anders vorgesehen: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ (Art. 1, Abs. 2) Im neuen Jahr 2013 gilt es, den Protest gegen die Rüstungsexporte samt Geheimhaltungspolitik massiv auszuweiten! Die Bundesregierung, alle ParlamentarierInnen und die Rüstungsunternehmen, allen voran Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann, müs-



„Legt den Leo an die Kette“-Aktion, Freiburg, 26.10.2012; © M. Heinke

sen weiter unter Druck gesetzt werden. Für unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte!

◆ *Martin Singe*

**Spendenkonto  
 Komitee für  
 Grundrechte und  
 Demokratie  
 Volksbank Odenwald  
 Konto 8 024 618  
 BLZ 508 635 13**

## „Friedensperspektiven in einer gewaltbereiten Welt“

■ Einen kurzen Vortrag mit diesem Titel hat **Andreas Buro** am 17.11.2012 bei der **Mitgliederversammlung der Kooperation für den Frieden in Bonn** gehalten. Der **Wortlaut des Vortrags** findet sich unter **grundrechtemitee.de/node536** oder kann im **Komitee-Sekretariat** angefordert werden.

Buro schildert zunächst „relativ sichere Zukunftsannahmen“ wie globale Machtverschiebungen, Grenzen des kapitalistischen Wachstumsystems, Ausweitung militärischer Konflikte, neue Kriegsformen (Drohnen und Cyber-War), dramatischer Klimawandel u.a.m. Anschließend

werden die Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung durch Kooperationsmacht, regionaler Zusammenschlüsse und Aktivitäten der sozialen Bewegungen diskutiert. Schließlich werden Perspektiven für die Friedensbewegung angesprochen: Militär- und Rüstungskritik, Neubesetzung des Sicherheitsbegriffs, Entlarvung von Legitimationsideologien militärisch gestützter Politik, Ausbau von Theorie und Praxis ziviler Alternativen und deren öffentliche Verbreitung. Hinweis: Die jährliche Strategiekonferenz der Friedenskooperative findet vom 22.-23.2.2013 in Stuttgart statt. Thema: Deutschland im Krieg – Wo bleiben Strategien für eine Friedenspolitik? Näheres: [koop-frieden.de](http://koop-frieden.de)

## Steht die eGK jetzt wirklich vor der Tür?

■ In den letzten Wochen und Monaten haben wir wieder zahlreiche Anrufe, Briefe und Emails erhalten – was ist jetzt noch gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte zu machen? Was kann man tun, wenn die alte Karte ausläuft? Viele Versicherte haben die neue Karte bereits erhalten – die Kassen machen glauben, dass sie es dieses Jahr in jedem Fall geschafft haben, 70% der Versicherten mit der neuen Karte zu versorgen.

Wir Gegner der eGK glauben jedoch, dass sich der Kampf gegen diese Karte und die mit ihr beabsichtigte Nutzung noch immer lohnt. Wenn es persönlich machbar ist: Kein Foto für die eGK! Im Jahr 2013 müssen sich die Krankenkassen mit all denjenigen auseinandersetzen, die der Entwicklung kritisch gegenüber stehen. Das wird für die Kassen schwieriger als das bisherige roll-out. Und auch diejenigen, die die eGK haben, können sich der Speicherung

ihrer Gesundheitsdaten auf zentralen Servern verweigern. Das ist ganz legal. Wenn ÄrztInnen und PatientInnen diese Funktion gar nicht nutzen, dann würde das ganze Projekt der elektronischen Gesundheitskarte unnütz sein. Allerdings wird es dann darum gehen, zu verhindern, dass das Gesetz, das die Freiwilligkeit der Datenspeicherung regelt (§ 291 a SGB V), geändert wird. Wolfgang Linder, ein sehr aktives Mitglied unserer AG Gesundheit, schreibt in seinen Überlegungen zur weiteren Perspektive: Öffentlicher Druck „könnte sich darauf richten, dass hohe Sicherheitsanforderungen gestellt werden, dass die Mitwirkungsrechte der Versicherten praktikabel umgesetzt werden. Es ist denkbar, dass bereits hier Hindernisse erwachsen, die es der Gematik schwer machen, ihr Projekt umzusetzen.“

Und weiterhin bleibt es notwendig, sich mit Umstrukturierungen im Gesundheitssystem auseinanderzusetzen und auch hier aufzuklären und andere Wege aufzuzeigen.

◆ *Elke Steven*

## Iran-Konflikt: Neues Dossier

■ **Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt** haben ein neues Dossier (Ib) zur Kriegsgefahr in Nah-Mittel-Ost verfasst: „Iranverhandlungen – Legitimation für einen Angriffskrieg?“

Die Autoren zeichnen vor allem die jüngere Geschichte der Verhandlungen zwischen Iran und den Mitgliedern des Sicherheitsrates plus Deutschland (5+1) nach. Im Mittelpunkt stehen die Fragen um das Recht des Irans, Uran anzureichern, das vermutete Streben des Iran nach Atomwaffen, die wechselseitigen Bedrohungen zwischen Iran und Israel/USA und die wirtschaftlichen Boykott-Maßnahmen gegen Iran. Eine gegenseitige Nichtangriffsvereinbarung, die Zugestehung der Rechte des Irans aus dem Nichtverbreitungsvertrag, das Ende der Sanktionen, eine regionale Konferenz für einen atomwaffenfreien Nahen/Mittleren Osten sowie eine Dauerkonferenz zu den umfassenderen Problemen und Interessen der Region könnten für alle Beteiligten Friedensperspektiven eröffnen. Das Dossier umfasst 32 Seiten. Es findet sich unter folgendem Link

<http://www.friedenskooperative.de/gifs/dossier1b.pdf> oder kann im Komitee-Büro angefordert werden (Bitte möglichst 1,45 in Briefmarken beilegen; für Förderer/Mitglieder frei).



Demo gegen Naziaufmarsch am 1.5.2012 in Bonn; © M. Singe

# Liebe Mitglieder, Förderer und Unterstützer/innen des Komitees für Grundrechte und Demokratie!

■ **Anfang dieses Jahres hatten wir Sie und Euch darüber informiert, dass wir erste Überlegungen angestellt hätten, wie wir dem Rückgang der Mitgliedsbeiträge begegnen wollen und dass wir in diesem Jahr 2012 einige Beschlüsse dazu fassen müssen. Weil die Beiträge bislang nicht dramatisch zurückgegangen sind und vor allem dank Ihrer und Eurer außerordentlich großen Spendenunterstützung, konnte das jährliche Haushaltsdefizit im letzten Jahr kompensiert werden. Deshalb mussten und müssen wir keine drastischen Maßnahmen ergreifen. Gleichwohl müssen wir auf die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen aus Spenden und Beiträgen und Ausgaben reagieren, damit unsere Rücklagen, die die Arbeit des Grundrechtekomitees dauerhaft absichern sollen, nicht allzu rasch schwinden. Wir haben deshalb im Laufe dieses Jahres folgende Beschlüsse gefasst, um für die nächsten fünf Jahre die Situation so zu stabilisieren, dass die als realistisch kalkulierbaren Einnahmen die Ausgaben nicht überschreiten:**

1. Wir versuchen, für Teile der Gefangenenarbeit eine eigens auf dieses Engagement des Grundrechtekomitees abgestimmte Spendenkampagne zu starten und dadurch das Gesamtbudget zu entlasten. Der Start ist gemacht, die Bitte um Spenden richtet sich insbesondere an Personen, die beruflich mit dem Strafvollzug zu tun haben und unsere Arbeit sehr schätzen, auch wenn sie ansonsten dem Komitee eher nicht so nah stehen. Sollten wir hier nicht erfolgreich sein, müssten wir 2014 die Gefangenenarbeit reduzieren.
2. Zum 1.1.2013 und befristet bis zum 31.12.2015 werden zwei der drei MitarbeiterInnen im Kölner Sekretariat ihre Arbeit um je ein Drittel reduzieren. Sollten sich die Einnahmen besser als gedacht entwickeln, können diese befristeten Reduzierungen vorher zurückgenommen werden. Um die anfallenden Arbeiten zu reduzieren und besser zu strukturieren, haben wir im Vorwege die Binnenverwaltung des Grundrechtekomitees, insbesondere die die Mitgliedsbeiträge und die Spenden betreffende Finanzbuchhaltung, modernisiert.
3. Das Engagement des Grundrechtekomitees soll nicht reduziert werden, wohl aber soll sorgsamer entschieden werden, welche Projekte und Themen in je geeigneter und angemessener Weise angegangen und bearbeitet werden.
4. Letztlich wird es darauf ankommen, mit der Vielfalt unserer Themen immer wieder neue Interessierte

anzusprechen und sie dauerhaft für unsere politisch-menschenrechtliche Arbeit zu gewinnen. Dabei sind wir auch auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir auf dieser Grundlage unsere gute und wichtige Arbeit auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten können. Wer die Informationen liest oder auf unsere Website schaut, wird unschwer erkennen können, dass und wie wir das tun. Vieles von dem, was wir zur Zeit machen, erweist sich als bitter notwendig und erzielt auch eine teilweise erhebliche Resonanz, wie z.B. an der jetzt endlich auch öffentlichen Debatte über das Panzergeschäft mit Saudi-Arabien zu sehen ist.

Eine wichtige Grundlage dafür, dass wir so weiter arbeiten können, besteht in Ihrer Unterstützung, Ihrer Werbung für die Themen und die Arbeit des Grundrechtekomitees und selbstverständlich in Ihren Spenden. Im letzten Jahr haben Sie durch Ihre Spenden Ihre Solidarität deutlich gezeigt, wofür wir auch jetzt noch einmal ausdrücklich danken. Und natürlich hoffen wir, dass auch der aktuelle Spendenaufruf eine ähnlich gute Resonanz erzielt.

Mit besten Grüßen!

◆ *Heiner Busch und Theo Christiansen*



Verfassungsschutz auflösen - Rassismus bekämpfen, Köln 10.11.2012: © Jochen Vogler |

# Eingeschränktes Versammlungsrecht

■ **Demonstrationen werden seit jeher von den Herrschenden gefürchtet. Deshalb erinnern sie immer neue Möglichkeiten, dieses Grundrecht einzuschränken. Wie zentral das Versammlungsrecht ist, wissen diejenigen, die fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen äußern. Das Bundesverfassungsgericht hat 1985 festgestellt, dass Versammlungen »den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine« bewahren können. Politik und Polizei loben seitdem das Grundrecht – um es im nächsten Schritt bis zur Unkenntlichkeit einzuschränken.**

Auch von Petitionen und Unterschriftensammlungen gehen Anstöße aus. Von Versammlungen von Menschen an einem Ort geht jedoch eine Dynamik aus, die Herrschaft infrage stellen kann.

Aktuell verbieten staatliche Ordnungsbehörden vor allem Zelte, Stühle, wärmende Decken und Unterlagen, um es Protestierenden so unbequem wie möglich zu machen. Die Migrant\*innen in Berlin vor dem Brandenburger Tor müssen ebenso für das Überlebensnotwendige kämpfen wie die Aktiven von Occupy in Frankfurt am Main, Berlin und anderswo. Sie klagen gegen die Einschränkungen, doch die Rechtswege dauern meist lang. Solidarität vor Ort, öffentliche Wahrnehmung und Unterstützung dienen nicht nur dem inhaltlichen Anliegen der Demonstranten, sondern auch dem Kampf ums Grundrecht selbst.

Eine der ältesten Herrschaftstaktiken ist der Versuch, den Protest zu spalten. Der ordentliche Protest ist tugendhaft, der provozierende aber, dem dann Gewalttätigkeit zugeschrieben wird und der seit Jahrzehnten mit dem Namen »Autonome« und »schwarzer Block« belegt ist, wird verteufelt. Man könnte

noch weiter zurückgehen, aber besonders deutlich wurde diese Taktik Mitte der 90er Jahre bei der Auseinandersetzung um die Castortransporte ins Wendland. Die versuchte Spaltung in »gute« und »böse« Demonstranten verfiel allerdings nicht. Die Atomkraftgegner konnten sich bei den Protesten über Tage kennen- und einschätzen lernen. Als die Camps untersagt werden sollten, um den Auswärtigen den mehrtägigen Aufenthalt im Wendland unmöglich zu machen, öffneten die Einheimischen ihre Scheunen.

Mit dem Protest gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm wie zuletzt mit »Blockupy« (<http://blockupy-frankfurt.de/>) in Frankfurt sind die Erfahrungen mit der Kooperation in einem breiten Bündnis gewachsen. Man bezieht sich aufeinander und ist sich darin einig, dass Menschen durch den Protest nicht gefährdet werden dürfen. So schwer es manchmal ist, die Haltungen und Ansatzpunkte der »anderen« zu verstehen, man lässt sich nicht auseinanderdividieren. Gelingt dies, wird umso deutlicher, wie gewalttätig der Staat ist. Gewalt in den Mitteln von Schlagstock bis Pfefferspray, Gewalt aber erst recht in der Form von Verboten. Das (versuchte) Vollverbot für Versammlungen in der ganzen Stadt Frankfurt über mehrere Tage im Mai 2012 ist eine der erschreckendsten Erfahrungen.

Auch die neuen Versammlungsgesetze der Länder schränken das Grundrecht ein. Meist werden damit schwammige Begriffe eingeführt, die das Eingreifen ins Ermessen der Polizei legen. Berlin versucht jetzt sogar, die Videoüberwachung von Demonstrationen (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/535>) gesondert zu regeln, da die schwarzrote Koalition ein eigenes Versammlungsgesetz nicht so schnell zustande bringen würde, das Grundrecht aber schnell einschränken will.

Aber auch diejenigen, die versuchen, ein Versammlungsgesetz zu schaffen, dass das Grundrecht schützt, müssen aufpassen. Die Gefahr ist, dass auch sie an der herrschaftlichen Grenzziehung mitarbeiten, die letztlich nur die Spaltung erleichtert. Denn die Einschränkung des Grundrechts beginnt, sowie definiert wird, wie Bürger die Versammlungsfreiheit ausüben dürfen – und wo die Grenzen des Erlaubten sind.

Es kann jedoch legitim sein, Versammlungen nicht anzumelden, keinen Leiter zu haben oder sich zu verkleiden – über das uneingeschränkte Versammlungsrecht entscheiden die Demonstrierenden selbst. Radikaler Protest mit eigenen Ausdrucksformen gehört auf die Straße! Versammlungen müssen stören und aufrütteln, dafür müssen sie an Grenzen gehen oder diese überschreiten. Nur dann gilt das Grundrecht.

## ◆ Elke Steven

*Die Zeitung „Neues Deutschland“ hat am 11. Dezember 2012 eine neue Kolumne gestartet. Vier Bewegungsaktivisten aus unterschiedlichen Kontexten sollen jeden Dienstag über Debatten und Aktionen sozialer und politischer Bewegungen informieren, sie kommentieren oder kritisieren. Den Beginn machte Elke Steven als Vertreterin des Grundrechtekomitees mit diesem Kommentar. Wir hoffen auf spannende Diskussionen und weiterführende Auseinandersetzungen.*



Flüchtlings-Protestmarsch Würzburg-Berlin: © Kurt Feisel | R-mediabase